

## **Sammelbericht Petitionsausschuss, 30/BI, 13.7.2006**

Abgeordneter Gerhard Steier (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident!

Seit Jahren fordern Eltern mehr Sicherheit für Kinder in Schulbussen und mindestens genauso lange weisen ExpertInnen auf die unbefriedigende und gefährliche Rechtslage im Bereich der Beförderung von Kindern in Schulbussen hin.

Die so genannte 3:2-Zählregel im Kraftfahrgesetz führt dazu, dass drei Kinder unter 14 Jahren als zwei Personen zählen. Die Konsequenz der geltenden Rechtslage in der Praxis: Schulkinder drängen, bepackt mit schweren Schultaschen, in überfüllte Busse und müssen sich dann zu dritt samt Schultaschen einen Zweiersitz teilen – und das natürlich noch ohne Sicherheitsgurt.

6 747 Menschen im Burgenland und in der Steiermark haben in den vergangenen Monaten für mehr Sicherheit am Schulweg – konkret: ein Sitzplatz und ein Sicherheitsgurt pro Kind – unterschrieben. Diese Initiativen standen vergangene Woche auf der Tagesordnung im Petitionsausschuss, und die Hoffnung der Menschen, dass die Regierung nun endlich aktiv wird und ab dem kommenden Schuljahr tausende Kinder vor allem aus dem ländlichen Raum sicherer zur Schule fahren können, wurde, wie meine Vorrednerin erklärt hat, enttäuscht. Statt endlich zu handeln, haben ÖVP und BZÖ die Initiativen lediglich an den Verkehrsausschuss weitergeleitet, wohl wissend, dass das vor den Nationalratswahlen nicht mehr behandelt wird.

Dem Gesetzgeber ist die Problematik sehr wohl bekannt. Es wird ja regelmäßig darauf hingewiesen. Chancen, die 1:1-Zählregel für alle Fahrten im Schulbus einzuführen, hätte es in den vergangenen sechs Jahren wirklich genug gegeben, aber die Regierung hat leider alle Gelegenheiten vorübergehen lassen.

Die Haltung in der Frage Sicherheit der Schulkinder im Verkehr ist ausgesprochen inkonsequent: Auf der einen Seite wird dem privaten Autofahrer vom Gesetzgeber vorgeschrieben, dass er pro Kind für einen Sitz sorgen muss und dies auch entsprechend gesichert sein muss, aber auf der anderen Seite werden Tausende Kinder im täglichen öffentlichen Verkehr nicht richtig befördert.

Ich darf daher die Regierung ersuchen und auffordern, dieses Gesetz dann in der nächsten Legislaturperiode zu beschließen. – Danke schön.